

Die NationalökonomInnen proben den Aufstand

Abstiegsängste und Misstrauen gegenüber EU-Institutionen und internationalen Finanzmärkten, die seit Ausbruch der Eurokrise massiv zugenommen haben, sind der Rohstoff aus dem Rechtspopulisten wie Beppe Grillo und Frank Stronach aber auch harte Rechte wie Marine Le Pen ihre Wählerbasis bauen. Andererseits zeigen die Verluste, die Geert Wilders Freiheitliche Partei bei den letzten Wahlen in den Niederlanden hinnehmen musste, wie kurzlebig entsprechende Erfolge sein können. Wahlforscher gehen davon aus, dass es in allen Ländern Europas ein erhebliches rechtspopulistisches und teilweise rechtsextremistisches Wählerpotenzial gibt, dieses aber noch nicht zu einem politischen Block zusammengeschweißt ist.

Die Alternative für Deutschland (AfD) stellt einen weiteren Versuch dar, aus der Eurokrise politisches Kapital zu schlagen. Diese scharft sich jedoch nicht um schillernde Self-Made-Men wie Grillo und Stronach oder ideologisch gestählte Parteiarbeiter wie Le Pen und Wilders sondern den No-Name-Ökonomen Bernd Lucke, der sich zwecks Parteiaufbaus von seiner Professur an der Bundesweherschule in Hamburg hat beurlauben lassen. Unter den Unterstützern der AfD findet sich eine Reihe weiterer Ökonomen, darunter die mehrfachen Anti-Euro-Klärer Starbatty und Hankel, ehemalige Staatssekretäre, mittelständische Unternehmer, Manager, Autoren von FAZ, Welt und Junger Freiheit sowie der Handelsblatt-Kolumnist und ehemalige Industriellensprecher Hans-Olaf Henkel. Eine Truppe fast durchgängig männlicher Kathederpopulisten in gehobenen Stellungen und fortgeschrittenem Alter. Von Stammtischparolen und Massenaufmärsche sehen sie sich ebenso weit entfernt wie vom Kungeln der etablierten Parteien. Bei der AfD herrscht die Vernunft. Die Alternativpartei war noch nicht gegründet, da hatte sie bereits einen wissenschaftlichen Beirat. Die wissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten seiner Mitglieder geben wahrscheinlich mehr Aufschluss über die politische Ausrichtung der AfD als deren Wahlprogramm. Auf gerade einmal zwei Seiten stellt letzteres die Kernforderungen der AfD nach Auflösung der Europäischen Währungsunion, Verschiebung der Machtbalance von Eurokratie zu nationalen Parlamenten, Ablehnung steuerfinanzierter Bailoutprogramme, Vereinfachung des Steuersystems und Einhaltung der Schuldenbremse dar. Die eurokritischen Forderungen der AfD finden sich in ähnlichen Worten auch auf der politischen Linken, die über ihr Verhältnis zu EU und Euro ebenso zerstritten ist wie die Rechte. Dagegen liegen die finanzpolitischen Forderungen der AfD ganz auf der neoliberalen Linie von Troika und den

nationalen Regierungen der Euro-Zone. Rechtspopulistische Töne finden sich nur in den kurzen Abschnitten zu Familien- und Integrationspolitik, in denen die Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ bezeichnet und die Unterbindung der „ungeordneten Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ gefordert wird. Der Übergang zu entsprechenden Einlassungen im Umfeld von CDU/CSU und FDP ist allerdings fließend. Weder Neoliberalismus noch Rechtspopulismus sind Alleinstellungsmerkmale der AfD sondern ihr ungeteiltes Eintreten für eine Auflösung der Euro-Zone. Diese Forderung findet sich bei keiner der Parteien, die sich Hoffnung auf den Einzug in den Bundestag machen.

Bei der Begründung ihrer Anti-Euro-Haltung kommt der wissenschaftliche Beirat der Partei ins Spiel. Die darin versammelten Ökonomen leiten ihre wirtschaftspolitischen Konzepte aus dem Ordoliberalismus ab. Dieser Ansatz mit dem obskuren Namen, in zeitgenössischem Deutsch: Amerikanischer Kapitalismus mit preußischen Charakteristika, lieferte den politischen Kompass, mit dem Adenauer und Erhard Westdeutschland nach der Währungsreform 1948 auf Wirtschaftswunderkurs steuerten. Theoretische Vorarbeiten wurden bereits in den 1930er Jahren von einer Gruppe Ökonomen um Walter Eucken geleistet, die sich gegen den Staatsinterventionismus, den Sowjets, Nazis und amerikanische New Dealer in unterschiedlichen Formen betrieben, abgrenzen wollten. Nach Kriegsende wurde der Ordoliberalismus unter dem marktgängigeren Namen ‚soziale Marktwirtschaft‘ gegen die gemeingefährlichen Umtriebe der Schumacher-SPD in Stellung gebracht. Letztere strebte in Fortführung Hilferding'scher Vorstellungen eines Organisierten Kapitalismus die Überwindung der Anarchie der Märkte durch einen politischen Verständigungsprozess zwischen Gewerkschaften, organisiertem Unternehmertum und Staat an. Eucken und Erhard galten solche Vorstellungen als Umweg zur planwirtschaftlichen Knechtschaft. Als Alternative für Deutschland schlugen sie einen starken, d.h. von organisierten Interessen unabhängigen Staat vor, der die Bedingungen freier Konkurrenz aufrechterhalten sollte. Hiervon fühlten sich insbesondere Mittelständler angesprochen, die ihre Profite durch die Marktmacht großer Konzerne, gewerkschaftliche Lohnforderungen und Steuerstaat bedroht sehen.

An diesen Mobilisierungserfolg versuchen die AfD-Ökonomen dieser Tage anzuknüpfen. Der Euro gilt ihnen als Auswuchs eines supranational organisierten Kapitalismus, der sich die Früchte unternehmerischer Tätigkeit aneigne und unter seiner sozialstaatlichen und finanzkapitalistischen Klientel verteile. Gegen diese Ausbeutung des Unternehmertums durch europaweit organisierte Interessen wird die Wiederherstellung nationaler Souveränität gefordert. Abgesehen von der strikten Ablehnung des Euro unterscheidet sich diese Gedankenwelt in Nichts vom Neoliberalismus anderer Parteien. Die Traumwelt Deutschmark tauschender Besitzbürger, die

sich als Freie und Gleiche anerkennen, mag mittelständischen Unternehmern und ihren Prokuristen Trost spenden angesichts des Konkurrenzdrucks dem sie durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals ausgesetzt sind. Solche Träume mögen sie sogar zur Stimmabgabe für die AfD treiben.

Deutschmark-Träume gibt es zwar, mangels eingängiger Alternativen, auch in schlechteren sozialen Lagen. Ablehnung des Euro als Subventionsmaschine für faule Südeuropäer ebenso. Ob sich daraus Wahlerfolge machen lassen, ist aber zweifelhaft. Wer in Deutschland nicht zum Besitzbürgertum gehört, hat schon allzu oft die Expertenleier von der Notwendigkeit des Sparens gehört um von den Marktwirtschaft predigenden Ökonomieprofessoren der AfD etwas anderes zu erwarten als die Nicht-Besitzenden in Südeuropa von der Troika samt deren ökonomischen Beratern. Wer die soziale Deklassierung fürchtet oder bereits erlitten hat, wird sich eher durch Grippo oder Stronach angesprochen fühlen als durch Bernd Lucke. Als Aufsteiger sind sie ideale Projektionsfiguren für die Hoffnung auf ein individuelles Entrinnen aus der sozialen Misere. Lucke repräsentiert nichts als die Besserwisserei der Oberen, denen die Unten tagtäglich ausgesetzt sind. Le Pen und Wilders ziehen Wähler an, weil sie das diffuse Unbehagen an der Herrschaft von großem Geld und abgehobenen Bürokratien in konkrete Schuldzuschreibungen übersetzen und Auswege, und seien es nur vermeintliche, aus dem unverschuldeten Elend anbieten. Wenn die AfD den Wahlerfolg will, muss sie sich eine Führungsfigur Marke sozialer Aufsteiger oder offener Rassist zulegen. Wenn ihr das nicht gelingt oder sie vor einer bonapartistischen Weiterentwicklung zurückschreckt, bleibt ihre Wirkung auf einen Beitrag zur Zersetzung des herrschenden Blocks beschränkt. Der Kitt von europäischer Integration und Globalisierung wird zunehmend rissig und kann das neoliberale Projekt kaum mehr zusammenhalten. Die Suche nach Alternativen hat längst begonnen. Früher oder später wird sich auch in Deutschland etwas attraktiveres auf der Rechten finden als die AfD. Es sei denn, Partei- und Bewegungslinke kommen ihr zuvor. Dazu muss sie soziale Verunsicherungen ernst nehmen, auch wenn sie mitunter in politisch höchst unkorrekter Weise formuliert werden, sich aber gleichzeitig vor den Verlockungen linker Politik in rechtspopulistischem Gewand hüten. Ebenso wie der Versuchung, sich am linken Rand des zerfallenden Elitenkonsens zu etablieren. Gefragt sind sozialistische und internationalistische Alternativen zu Neoliberalismus und Rechtspopulismus bzw. -extremismus. Das Einfache, das so schwer zu machen ist.

Mai 2013